

Zeitschrift: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern
Band: 37 (1943-1944)
Heft: 2

Artikel: Der Kampf um die Wiedervereinigung der Gemeinden Münchenwiler und Clavaleyres mit dem Kanton Bern 1798 bis 1807
Autor: Schmalz, Karl Ludwig
Kapitel: V: Die Anrufung fremder Intervention
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-370972>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

schwersten Belastungen ausgesetzt: Dadurch, dass die ausserordentliche Tagsatzung am 21. September 1805 nicht den von Napoleon gebieterisch empfohlenen d'Affry, sondern den Berner Niklaus Rudolf von Wattenwyl gewählt hatte, wurde der Kaiser aufs höchste beleidigt.¹⁴⁰⁾ Und 1806 beklagte sich Napoleon mit grosser Heftigkeit über die schweizerischen Kaufleute und hatte sogar «für die Fortdauer der Unabhängigkeit der Schweiz höchst bedenkliche Worte fallen lassen».¹⁴¹⁾ — «Wie ein Donnerschlag auf die Gemüter» hatte auch das Vorrücken der französischen Vorposten bis an die Zihlbrücke und den obern Bielersee gewirkt, als im Februar / März 1806 das Fürstentum Neuenburg unter französische Herrschaft geraten war,¹⁴²⁾ und die durchs Land jagenden bedenklichsten Gerüchte um die politische Zukunft der Schweiz wurden nicht bloss durch Zeitungsmeldungen genährt: auch die amtlichen Berichte des schweizerischen Gesandten in Paris lauteten bedenklich.¹⁴³⁾

Wie stellte man sich in Bern angesichts der heikeln Lage zu den freiburgischen Drohungen? Der Kleine Rat schrieb am 23. Juni 1806 dem Schultheissen von Mülinen auf die Tagsatzung: «Was dann die in gedachtes Schreiben eingeflossenen fernerer Äusserungen und Drohungen betrifft, welche Uns eben so befremdend an sich als schmerzhaft von Seite eines nachbarlichen Mitstandes ausfallen mussten, so können Uns dieselben von Verfolgung des hierseitigen guten Rechts nicht abwendig machen... Die angedrohte Anrufung des Vermittlers von Seite einer schweizerischen Regierung... wäre ein Schritt, dessen nachteilige Wirkung auf den Stand Fryburg selbst und allein zurückfallen müsste.»¹⁴⁴⁾

V. Die Anrufung fremder Intervention

1. D'Affry wendet sich an Napoleon

Die bisherigen Ausführungen über die freiburgische Stellungnahme zu unserem Streitfall, namentlich im Spätsommer 1803 (Seite 505) und im Sommer 1806 (Seite 509 ff.), lassen vermuten, dass nach dem Syndikatsurteil vom 10. Juli 1807 ein schwerer Druck auf d'Affry lastete. Dieser war im Jahre 1807 regierender Schultheiss, blieb aber zufolge eines Schlaganfalls monatelang den Sitzungen fern, so vom 16. Mai bis zum 25. September.

Seine Ratskollegen zeigten sich zuerst dem Urteil gegenüber widerspenstig und schrieben dem Landammann am 30. Juli 1807, weil der für diese Sache zuständige Grosse Rat erst anfangs November zusammentrete, könne innert der gesetzten dreimonatigen Frist nichts unternommen werden.¹⁴⁵⁾ Landammann Reinhard antwortete aber auf diese «Zögerungs-Anzeige» umgehend — am 1. August —, dass es hier um ein verfassungsmäßig gefälltes Urteil gehe, welches eine befördernde Ausnahme allerdings verdient hätte und dessen Vollziehung ihm zur unabwendbaren Pflicht gemacht sei.¹⁴⁶⁾ Diese entschlossene Haltung zwang die freiburgische Regierung nun doch zum Handeln. Im Protokoll der Sitzung vom 7. August 1807 lesen wir: «... le Petit Conseil a senti qu'il importait de ne perdre aucun tems & de ne négliger aucun moyen pour se maintenir dans la possession de cette propriété. — Il a senti aussi, que pour bien calculer ses moyens et ses démarches, il Lui est très indispensable d'avoir quelques Lumières sur ce que S. E. Mr. D'Affry avoyer en Charge & Ancien Landammann, elle même peut & a annoncé vouloir faire pour maintenir la Sentence» (vom 19. März 1803). Da man über den Umfang seiner ausserordentlichen Vollmachten und die ihnen beigegebenen Rechtsmittel zu wenig orientiert sei, habe man beschlossen, «de prier S.E. de procurer l'exécution de la Sentence..., à moins que des obstacles imprevis ne rendent cette exécution impossible; dans quel cas on la supplie de bien vouloir en faire connaitre la raison, en communiquant son opinion sur la marche à suivre dans cette circonstance.» — Man merkt, wie der Handel wirklich für d'Affry zu «einer persönlichen Ehrensache geworden» war¹⁴⁷⁾, und man kann sich nach dem Wortlaut des offiziellen Protokolls leicht denken, dass ihm inoffiziell vorgeworfen wurde, den Besitz der beiden Gemeinden seiner Stellung als erstem Landammann aufgeopfert zu haben.

Louis d'Affry waren diese Vorwürfe sicher zur Genüge bekannt, und die Begrüssung, die der Kleine Rat am 7. August beschloss, musste er erwarten. Fast drei Wochen vorher war er deshalb von sich aus vorgegangen und hatte von seinem Vorrecht Gebrauch gemacht, sich direkt an Seine Kaiserliche Majestät wenden zu dürfen. Er kündigte Napoleon ein Schreiben vom 20. Juli 1807 an den französischen Aussenminister an.¹⁴⁸⁾ In diesem legt er einleitend dar, wie der Entscheid des Syndikats vom 10. Juli 1807 ihn zwingt, an Seine Majestät zu gelangen: «Le jugement porté par le Syndicat cette année est une atteinte formelle à une prononciation faite par moi le 19 mars 1803, et par conséquent pen-

dant la durée de mes pouvoirs extraordinaires, je me fais un devoir de signaler le fait à Sa Majesté Impériale et Royale, dont tout acte émanant de moi pendant ce même tems n'étoit et ne pouvoit être qu'une exécution des volontés du Médiateur.» Er legt den ganzen Handel in der bekannten freiburgischen Version dar und übermittelt in Abschrift die wichtigsten Akten, darunter seinen Protest an der Tagsatzung vom 17. Juli 1806: «... et c'est cette protestation dont je pense devoir demander et dont je demande effectivement le maintien par respect pour celui dont je tenois mes pouvoirs... Si S. M. veut que ma prononciation soit maintenue, Elle voudra bien envoyer ses ordres par vous Monseigneur à Monsieur le Général Vial son ambassadeur en Suisse.»

D'Affry war ja von Napoleon sehr wohlgelitten ¹⁴⁹⁾ — eine Tatsache, die sich Landammann und Tagsatzung bis zu seinem Tode zunutze machten, indem sie ihn mit besonderer Vorliebe für ausserordentliche Gesandtschaften an den Kaiser, wo er als eine Art «Passe-par-tout» galt, beauftragten.¹⁵⁰⁾ In unserem (Ausnahme-) Fall konnte freilich diese Eigenschaft d'Affrys den eidgenössischen Interessen gefährlich werden. Dass ein schweizerischer Staatsmann bei dem kritischen Verhältnis zu Frankreich den Kaiser förmlich aufforderte, sich in eine innere schweizerische Angelegenheit einzumischen, wird uns zwar heute noch peinlicher berühren als die Zeitgenossen; denn die Intervention des Vermittlers wurde, nach Hilty ¹⁵¹⁾, nicht selten angerufen (so von Müller-Friedberg in der Werdenberg-Frage). Man war sich aber schon damals der möglichen Konsequenzen bewusst: Landammann von Wattenwyl hatte am 5. Februar 1804, nach der Zurückziehung der letzten französischen Truppen aus der Schweiz, die folgende Mahnung an alle Stände gerichtet ¹⁵²⁾: «Ein ewiger Schandfleck, für uns aber ein unabsehbares Unglück würde es für die Schweiz seyn, wenn wir uns je in die Notwendigkeit versetzt sehen sollten, den ersten Consul an sein Versprechen (nämlich seine Truppen für die Aufrechterhaltung der Ruhe und der Mediationsakte zur Verfügung zu stellen!) zu erinnern.»

Es fügte sich nun eigenartig, dass zur Zeit der kaiserlichen Stellungnahme zu d'Affrys Schritt gerade jener Mahner von Wattenwyl in Begleitung des Kanzlers Mousson als ausserordentlicher Gesandter in Paris weilte, um Napoleon zum Frieden von Tilsit zu gratulieren und bei dieser Gelegenheit eine Reihe schweizerischer Wünsche möglichst wirksam anzubringen.¹⁵³⁾

Die geschilderte Krankheit d'Affrys war schuld daran, dass man nicht den Freiburger mit dieser Mission betraut hatte ¹⁵⁴⁾, sondern den Berner, dessen bisher gespanntes Verhältnis zu Frankreich sich bei diesem Pariser Aufenthalt wesentlich besserte ¹⁵⁵⁾ — hatte er doch, gleichsam als Unterpfand seiner loyalen Gesinnung, seinen Sohn in des Kaisers Dienst treten lassen.¹⁵⁶⁾ — Die Frage stellt sich nun, ob die Anwesenheit von Wattenwyls in Paris und dessen Annäherung an Frankreich das Resultat der Eingabe d'Affrys wesentlich zu beeinflussen vermochte. Zunächst muss dies verneint werden; denn es lässt sich nachweisen, dass man von allem Anfang an im Aussenministerium zu Paris dem Ansuchen d'Affrys wenig Sympathie entgegenbrachte: Talleyrand ersuchte am 6. August 1807 den Ambassador Vial um einen Bericht zu dem Streitfall, der zwar seiner Meinung nach vor die von der Mediationsverfassung für Anstände zwischen den Kantonen vorgesehene Instanz gehöre.¹⁵⁷⁾ Kurz darauf wurde Champagny Aussenminister, der am 22. August den Ambassador an das Begehren seines Vorgängers erinnerte und gleicherweise die Zuständigkeit des Syndikates betonte.¹⁵⁸⁾ — Mit diesem Schreiben kreuzte sich der am 23. August erstattete Bericht Vial's ¹⁵⁹⁾, der von besonderem Interesse ist, weil sich hierfür der Ambassador vertraulich und separat sowohl mit Schultheiss d'Affry wie mit dem bernischen Standeshaupt Freudenreich ausgesprochen hatte. Dadurch war er imstande, nicht bloss eine sachliche Darstellung des Handels und der beidseitigen Ansichten zu geben, sondern auch über die verborgenen Beweggründe zu berichten: «Cette affaire est au reste peu importante sous le rapport de l'intérêt... Mais l'amour propre s'en est mêlé et sans doute aussi l'animosité. — Mr. d'Affry prétend que Berne cherche à humilier dans sa personne, l'homme que Sa Majesté avait revêtu de pleins pouvoirs pour faire exécuter l'acte de Médiation, et dit qu'il est de sa dignité de ne pas le souffrir. Berne rapelle les sacrifices de territoire qu'il a déjà faits; prétend que Fribourg est encouragé par l'idée où il est que les vues du gouvernement français sont de diminuer son importance...» *) Ohne einen persönlichen Antrag zu stellen, gibt Vial am Schluss eine klar geschaute Darstellung der Lage: «Si Sa Majesté

*) Vgl. folgende bezeichnende Stelle aus d'Affrys Demarche vom 20. Juli 1807: «Je dois vous observer Monseigneur, quel esprit de domination qui existoit dans l'ancien gouvernement de Berne et qui avoit agrandi son territoire d'une manière disproportionné avec les douze Cantons, renaîtroit de sa cendre, si le système et la balance entre les 19 cantons n'étoit pas maintenu dans son intégrité primitive et telle est la volonté connue de Sa Majesté Impériale.»¹⁶⁰⁾

accueille, le recours de Monsieur d'Affry... Berne est condamné et la Diète improuvée. Mais si Sa Majesté ne trouve pas à propos de se prononcer là dessus, Fribourg perd sa cause, à moins que prévenu de l'intention de l'Empereur, ce gouvernement ne se décide à entrer en arrangement et à reconnaître la compétence de la Diète, ce qui serait pour lui fort pénible après tout ce qui s'est passé et qu'il croit un peu dangereux aujourd'hui, cette assemblée s'étant montrée indisposée contre lui...»

Dieser Schriftwechsel zwischen dem Aussenministerium und dem Gesandten Vial hatte sich bereits vollzogen, bevor von Wattenwyl etwas von d'Affrys Demarche wusste. In Bern erhielt man davon erst Kenntnis, als Vial nacheinander den freiburgischen und den bernischen Schultheissen zur bereits erwähnten Einvernahme empfing. Man glaubte, diese Audienz d'Affrys sei der primäre Schritt, «wobey er Sr. Excellenz anzeigte, dass er dissorts Schritte zu Paris machen werde.»¹⁶¹⁾ Der Staatsrat übermittelte am 24. August diese Nachricht nach Paris und ersuchte von Wattenwyl, durch eine Note den Versuch Freiburgs zu bekämpfen, das Geschäft «von seinem mediationsmäßigen Gang abzuziehen.»¹⁶²⁾

Die Anwesenheit von Wattenwyls war nun für die Berner Regierung um so mehr ein Glücksfall, als der ordentliche Gesandte in Paris nicht bloss ein Freiburger, sondern gar noch d'Affrys Cousin war und diesem seinen Posten zu verdanken hatte.¹⁶³⁾ Denn für die weitere Verfolgung der Angelegenheit war die Anwesenheit gerade jenes Berners, der sich bisher vorzüglich mit dem Handel befasst hatte, ein grosser Vorteil. Es darf dabei aber nicht vergessen werden, dass d'Affrys Aussichten von Anfang an schlecht waren. Sie hätten wohl besser werden können, wenn d'Affry an Stelle des Berners nach Paris sich begeben hätte. Jetzt aber gestalteten sie sich auch in der Folge nicht günstiger. So unterhielt sich am 6. September 1807 anlässlich eines Diners des diplomatischen Korps bei Aussenminister Champagny der Gastgeber mit Kanzler Mousson über die Frage, der er kein grosses Gewicht beizulegen schien und sie einfach als Differenz zwischen Herrn d'Affry und der Tag-satzung bezeichnete.¹⁶⁴⁾ Auf dem gleichen Empfang bestätigte der zuständige hohe Ministerialbeamte, dass man nicht einsehen könne, warum dieses Geschäft den gesetzlichen Behörden entzogen werden sollte.¹⁶⁵⁾ Als von Wattenwyl am 8. September den Landmann von d'Affrys Schritt informierte¹⁶⁶⁾, konnte er daher seiner Zuversicht Ausdruck geben, dass die Kompetenz des Syndikates nicht gefährdet sei, und dass dem ebenso unstatthaften wie gefähr-

lichen Vorgehen d'Affrys kaum weitere Folge gegeben werde. Immerhin bat er den Landammann um die Ermächtigung, der Denkschrift d'Affrys durch das Einreichen einer historischen Note zu begegnen, und er fügte bei, dass er dies dringendenfalls auch vor Erhalt der nachgesuchten Ermächtigung tun würde.

Am 18. September antwortete der Landammann, der übrigens vier Tage zuvor endlich auch durch die Berner von d'Affrys Vorgehen in Kenntnis gesetzt worden war¹⁶⁷⁾, dass Kanzler Mousson eine Note abfasse, welche von Wattenwyl unterzeichnen und als ausserordentlicher Gesandter überreichen solle.¹⁶⁸⁾ Es sei darin die Aufrechterhaltung der eidgenössischen, verfassungsmässigen Behörden zu betonen und namentlich die Versicherung zu geben, dass das Geschäft ohne fremde Intervention beendet werden könne. Diese Weisung kam zwar zu spät in Paris an; denn von Wattenwyl glaubte am 22. September, einen offiziellen Schritt ohne Gefahr nicht länger aufschieben zu dürfen, und er hielt sich dazu berechtigt, weil seit dem 8. September der Landammann genügend Zeit für einen Einspruch gehabt hätte, wenn er anderer Meinung gewesen wäre.¹⁶⁹⁾ Die *Note an Champagny*¹⁷⁰⁾ stimmte ohnedies mit den Weisungen des Landammanns überein und schloss wie folgt: «Le Soussigné espère, que Sa majesté informée de l'état des choses, laissera agir librement l'autorité compétente Nationale, et donnera ainsi une nouvelle preuve de Ses égards constans pour les Loix, que Sa Médiation a donnée à la Suisse.» — Damit hatte von Wattenwyl zweifellos an der günstigsten Stelle angesetzt: Napoleon hielt sich auf sein Vermittlungswerk etwas zugute! Am 30. August 1807 hatte er beim ersten Empfang gesagt: «Je suis charmé que ce que nous avons fait pour la Suisse, ait contribué à son bonheur et à sa tranquillité. Je maintiendrai toujours l'acte de médiation, et si les circonstances exigeaient quelques changemens, ce ne serais jamais que de concert avec la Diète et à sa demande qu'ils auraient lieu.»¹⁷¹⁾ Dass die Werbungen anfangs Mai 1807 dank der Bemühungen des Landammanns den bisherigen Höchststand erreicht hatten, war in einem Schreiben Napoleons an Reinhard sehr anerkannt worden. Keiner der vorhergehenden Landammänner konnte sich rühmen, je ein so gnädiges Schreiben erhalten zu haben.¹⁷²⁾ Es war daher nicht blosser Zufallslaune, wenn der Kaiser beim oben erwähnten Empfang zu Mousson sprach: «Eh bien! la Suisse a fait beaucoup de bonne besogne cette année, il paraît que nous marchons du meilleur accord.»¹⁷³⁾ Diese Haltung Napoleons — nach den Zusammenstössen der Jahre 1805 und 1806 um so bemerkenswerter — kenn-

zeichnet auch seinen Entscheid, der in der Antwort des Aussenministers an von Wattenwyl auf die verschiedenen diskutierten Gegenstände vom 26. September 1807 enthalten ist ¹⁷⁴): «Les contestations de Berne et Fribourg, vu la possession de quelques habitations, ont été considérées par S. M. comme une affaire d'administration intérieure, dont la connaissance appartenait aux autorités établies par l'acte de Médiation. S. M. croit donner à la Suisse un nouveaux témoignage de bienveillance, en évitant d'intervenir dans son régime intérieur et Elle voit avec plaisir, par la tranquillité dont jouit la Suisse sous l'abri de ses autorités et de ses Constitutions, que ce pays peut continuer de se reposer sur les unes et sur les autres avec une entière confiance.»

Es passt zum eigenartig verwickelten Verlauf der ganzen Angelegenheit, dass diese deutliche Absage den freiburgischen Bemühungen und Hoffnungen auf fremde Intervention nicht Einhalt gebot.

2. Der freiburgische Grosse Rat ruft ebenfalls den Vermittler an

Am 28. September 1807 — knappe vierzehn Tage vor Ablauf der vom Syndikat gesetzten Frist — beschloss die freiburgische Regierung, den Grossen Rat auf den 5. Oktober zu einer **ausserordentlichen Session** einzuberufen. Im Protokollband finden wir an der Stelle, wo diese einzig wegen unserem Streithandel stattgefundene Session käme, zwei leere Seiten! Bei den Aktenbündeln im Staatsarchiv Freiburg liegt jedoch ein Dossier hierüber. Demnach beantragte die Regierung dem Grossen Rat, an den Vermittler selbst sich zu wenden und dessen Garantie anzurufen, die er der Mediationsakte — und zwar der Bundesverfassung sowohl wie jeder Kantonsverfassung — zugesichert habe. Der Grosse Rat war damit nicht nur einverstanden, sondern erzwang überdies von der Regierung ein verschärftes Vorgehen. Wir geben nachstehend den Wortlaut der wichtigsten Sätze der Eingabe ¹⁷⁵), wobei die Abweichungen zwischen erstem Regierungsentwurf (links) und grossrätlich genehmigter Endform (rechts) einander gegenübergestellt sind:

«Dès lors Fribourg, persuadé que la Prononciation formelle du 1^{er} Landammann, muni de Pouvoirs extraordinaires, ne pouvait être détruite & annullée par un Tribunal judiciaire, où les Députés des Cantons siègent & prononcent, dirigés par leur opinion indi-

viduelle seulement, refusa de reconnaître & d'admettre la Compétence du Syndicat dans cette Difficulté territoriale. — Le Gouvernement du Canton de Fribourg devait d'autant plus persister dans ce refus, qu'il a toujours considéré cet objet comme trop important par sa nature & par ses Conséquences pour que le Changement des Limites d'un Canton ou même le démembrement d'une seule Commune puissent dépendre d'un Tribunal judiciaire.

Une opération de cette nature ne devant tout au plus se faire que par la Diète, où tous les Députés seraient munis d'Instructions positives sur cet objet.

(Gestrichen!)

Dans cet Etat des choses le Gouvernement du Canton de Fribourg prend la respectueuse liberté de s'adresser à Votre Majesté Impériale & Royale en La priant de bien vouloir

prononcer, si la Sentence du 1^{er} Landammann de la Suisse, muni de pouvoirs extraordinaires, est exécutoire ou non, & dans la dernière alternative, qu'elle doit être l'autorité Compétente à porter une décision sur cette difficulté.»

maintenir & faire exécuter la sentence du 1^{er} Landammann de la Suisse, qui ne tenait que de Votre Majesté ses Pouvoirs extraordinaires, en vertu desquels il a prononcé dans cette Affaire.»

Das Schreiben wurde dem französischen Gesandten in Bern zur Weiterleitung übergeben, den man mittels eines ausführlichen Memorials¹⁷⁶⁾, wovon ein Exemplar für den Aussenminister bestimmt war, über Notwendigkeit und Legitimität der Demarche orientierte. Gleichzeitig wurde dem Landammann der Schweiz davon Kenntnis gegeben, dass man sich an den Vermittler selbst gewendet habe.¹⁷⁷⁾ Man kam damit einem Tagsatzungsbeschluss vom 22. August 1803 nach, der die Kantone zur Mitteilung aller Verhandlungen mit auswärtigen Obrigkeiten verpflichtete.¹⁷⁸⁾

Die Aussichten dieser Staatsaktion müssen sowohl dem Grossen Rat wie dessen Präsidenten, Schultheiss d'Affry, in weit günstigerem Lichte erschienen sein als dem heutigen informierten Betrachter. Denn ganz bestimmt wusste d'Affry am 5. Oktober noch nicht, wie wenig Erfolg seiner Demarche in Paris beschieden war¹⁷⁹⁾ — und wenn von Wattenwyl dem Landammann schrieb, Vial hätte «sehr für Hh. v. Affri eingekommen geschienen als er dem Hh. Schulth. Freudenreich davon sprach»¹⁸⁰⁾, so wird auch d'Affry auf geneigtere Ohren gezählt haben. Zudem ist ungewiss, ob überhaupt

der Grosse Rat von diesem Schritte des ehemaligen Landammanns Kenntnis hatte. Denn so einleuchtend zuerst die Annahme erscheint, der Grosse Rat habe d'Affrys Vorgehen unterstützen und bekräftigen wollen, so triftige Gründe sprechen gegen diesen Zusammenhang: Kanzler Gasser, der von Landammann Reinhard mit einem vertraulichen mündlichen Auftrag zu d'Affry abgesandt wurde, berichtete am 14. November aus Freiburg: «Je dois ici assurer votre Excellence, que la Démarche de Mr. d'Affry n'a rien de commun avec celle du gouvernement et que dans ce moment même, Mr. d'Affry s'envisage (avec plus d'assurance que jamais) partie séparée du gouvernement de Fribourg.»¹⁸¹⁾ Die Regierung als Gesamtkollegium stand ihrerseits in gespanntem Verhältnis zum Grossen Rat, der mit der durchgesetzten Verschärfung der Eingabe an Napoleon eine unmissverständliche Lehre erteilt hatte. — Bei dieser Spannungskette wäre die Unabhängigkeit der beiden Demarchen wohl denkbar.

Kenntnis von d'Affrys Vorgehen erhielt die Regierung dann auf jeden Fall durch Landammann Reinhard, der unterm 10. Oktober die ihm bekanntgegebenen Massnahmen des Grossen Rates scharf missbilligte¹⁸²⁾ und sie als Bekräftigung der Demarche d'Affrys auffasste. Seine weiteren Ausführungen hätten für die Freiburger, die ja über die Antwort Champagnys nicht informiert waren, bedeutungsvoll sein können: «J'ai toujours été convaincu que le médiateur de la Suisse, jaloux de maintenir son ouvrage, ne se prêterait pas à déroger aux formes judiciaires prescrites par la constitution qu'il nous a lui même donnée, et qu'il refuserait d'intervenir dans une affaire, dont la connaissance et la décision sont clairement réservées à l'autorité constituée par l'art. 36 de l'acte fédéral. — Je puis vous annoncer, messieurs, que je n'ai pas été trompé dans mon attente.» — Doch in Freiburg schien man diese Worte nicht ernst zu nehmen und gab die Hoffnung auf ein günstiges Resultat keineswegs auf: Man schrieb am 16. Oktober dem Landammann, dass man der Antwort aus Paris mit mehr Vertrauen entgegensehe, als er ihnen zubilligen wolle, und hoffe, dass das Warten auf diese Antwort ihnen nicht zum Schaden gereiche.¹⁸³⁾

Aber ganz wirkungslos waren die vorwurfsvollen Worte des Landammanns nicht geblieben, und man hielt es für geraten, den so sehr gebrandmarkten Schritt («compromettre notre indépendance»!) zu bemänteln: Er sei nicht erfolgt im Zusammenhang mit der rein persönlichen Adresse d'Affrys, der dem Vermittler einzig über seine ausserordentlichen Vollmachten Rechenschaft abgelegt

habe, «sans y ajouter aucune autre demande»; dagegen sei der freiburgische Grosse Rat zum Anruf fremder Intervention gezwungen worden durch den Berner von Wattenwyl, der am 22. September eine Note an das französische Aussenministerium gerichtet — «sans doute au seul nom de son Gouvernement» — und damit Freiburg zu seinen Gegenmassnahmen gezwungen habe. — Die bisherigen Darlegungen erweisen die Haltlosigkeit dieser Behauptungen. Wenn die Freiburger wirklich durch von Wattenwyl zu ihrem gefährlichen Vorgehen gezwungen worden wären, dann würden sie diesen «Grund» zweifellos in jedem der drei am 5. Oktober beschlossenen Schreiben genannt haben — namentlich in jenem an den Landammann. Wir finden aber weder in den Briefen, noch in den Protokollen den geringsten Hinweis auf eine solchermaßen erzwungene Gegenmassnahme. Nur das eine Positive lässt sich aus diesem Vernebelungsversuch feststellen: dass man in Freiburg selber die Anrufung fremder Intervention als verwerflich empfand.

Inzwischen war die vom Syndikat gesetzte dreimonatige Frist bereits überschritten worden, und die Berner ersuchten den Landammann am 6. November 1807, entweder das rechtskräftig gewordene Urteil zu vollziehen oder mitzuteilen, wie Freiburg zur Aufhebung des Rechtszuges gelangt sei.¹⁸⁴⁾ Die Freiburger Regierung erhielt von diesem Begehren indirekt Kenntnis¹⁸⁵⁾ — wohl durch die erwähnte Mission Gassers (Seite 523) — und kam nun in eine *b e d r ä n g t e L a g e*. Denn die Andeutungen des Landammanns in dessen Brief vom 10. Oktober waren für lange Wochen das einzige, was man in Freiburg über die beiden Demarchen vernahm. Je länger aber dieses Schweigen dauerte, desto mehr wird die anfänglich so feste Zuversicht schwankend geworden sein.

Von der am 26. September erlassenen Note Champagnys erhielt d'Affry selber erst nach Mitte Oktober Kenntnis durch Vial. Dieser schrieb am 19. Oktober dem Aussenminister¹⁸⁶⁾, er sei von seiner anfänglichen Meinung, die Note Freiburg bekanntzugeben, seinerzeit abgekommen in der Annahme, dass der Landammann es tue. Da dies noch nicht geschehen sei, die Gemüter sich aber mehr und mehr erhitzten, habe er es als tunlich erachtet, Herrn d'Affry vertraulich eine Kopie der Note zu übermitteln; der Landammann werde nicht darum herumkommen, in Bälde die freiburgische Regierung offiziell zu benachrichtigen. — Bedeutete die hinausgezögerte Information d'Affrys durch Vial wohl eine Antwort auf die Tatsache, dass jener im Juli 1807 diesen übergangen¹⁸⁷⁾ und auch vor den Syndikatsverhandlungen nicht orientiert hatte¹⁸⁸⁾ ?

Schwerer ins Gewicht fällt indessen für uns die Frage, ob nun d'Affry seinen Ratskollegen vom Fehlschlagen seines Schrittes Kenntnis gegeben habe. In offizieller Sitzung ist das jedenfalls nicht geschehen. Aber selbst wenn d'Affry vertraulich seine Kollegen unterrichtet hätte, so wäre doch noch die Hoffnung geblieben, dass Napoleon der an ihn gerichteten Eingabe des freiburgischen Grossen Rates mehr Aufmerksamkeit schenken würde. Tatsächlich wies er am 18. Oktober 1807 seinen Aussenminister an¹⁸⁹⁾: «... faites moi un rapport sur la question de Fribourg, afin d'intervenir dans cette discussion pour maintenir l'acte de Médiation.» Champagny erstattete noch am selben Tage den verlangten Bericht, der nach sachlicher Darlegung des Handels zu einem eindeutigen Schluss kommt: «L'on considère la discussion... comme une affaire d'administration intérieure et l'acte de Médiation créant un tribunal destiné à prendre connaissance des affaires contentieuses, j'ai pensé que Votre Majesté éviterait d'intervenir dans le régime intérieur de la Suisse et laisserait à l'autorité helvétique établie par l'acte de Médiation prononcer sur ce différend. C'est dans ce sens que j'ai écrit à M. le Landammann et à Mr. le Général Vial et j'ai l'honneur de proposer à Votre Majesté de ne pas accueillir la demande que lui a adressée le canton de Fribourg.»¹⁹⁰⁾ Form und Inhalt dieses Antrags legen einem die Frage nahe, ob wohl Champagny bei seiner Note vom 26. September etwas eigenmächtig vorgegangen sei. Denn im Rapport, den Champagny auf Ersuchen Napoleons am 24. September über die schweizerischen Begehren erstattet hatte und der — mit den Verfügungen des Kaisers versehen — die Grundlage für die bekannte Antwortnote bildete, fehlte das Geschäft Münchenwiler und Clavaleyres.¹⁹¹⁾ Wenn der Kaiser sich damals wirklich persönlich mit dem Fall befasst hätte, so würde er jetzt kaum wiederum einen Rapport verlangt, sondern eher die Sache als mit dem ersten Entscheid erledigt betrachtet haben. Wie dem auch sei — sicher ist, dass Napoleon dem Antrag seines Aussenministers beigepflichtet hat und das freiburgische Begehren in den Akten begraben wurde. — Die bereits dargestellte Zufriedenheit mit den eidgenössischen Behörden hielt in Paris noch unvermindert an¹⁹²⁾ und hat wohl wesentlich diese Zustimmung erleichtert. Aber auch die geschilderte «Schwenkung» von Wattenwyls, der am 14. Oktober seine Abschiedsaudienz erhalten hatte, wird das ihre beigetragen haben.

Wenn d'Affry vom Misserfolg seines Schrittes nur verspätete Mitteilung erhalten hat, so wurde nun dem freiburgischen Grossen

Rat überhaupt keine Antwort zuteil: «Le Gouvernement de Fribourg n'a encore reçu de la part du Gouvernement français aucune réponse directe ni indirecte à sa Demande» — musste man am 16. Dezember 1807 gestehen.¹⁹³⁾ Die freiburgische Regierung geriet dadurch — angesichts des drängenden bernischen Exekutionsbegehrens — in eine so kritische Lage, dass sie sich am 16. November 1807 entschliessen musste, an den Landammann zu gelangen.¹⁹⁴⁾ Man gab ihm zu bedenken, wie man aus schuldigem Respekt gegenüber der erwarteten Antwort des Kaisers seit dem 5. Oktober nichts habe unternehmen dürfen. Für den Fall nun, dass der Landammann bereits im Besitze einer Antwort sei oder eine solche erhalten werde, erbitte man umgehende Mitteilung derselben.

Landammann Reinhard hat diese Zumutung mit grösster Entschiedenheit abgewiesen¹⁹⁵⁾: Mit Auskünften über die verwerflichen, unrechtmäßigen Demarchen würde er diese indirekt anerkennen, was nie im geringsten der Fall sein dürfe: «Je déplore amèrement que cette affaire ait mis en évidence le triste exemple d'un Gouvernement cantonal, aux yeux duquel la crainte de compromettre la cause de la patrie, n'a pas été plus forte que toute autre considération.» Das Nötige habe er ihnen bereits vor Wochen mitgeteilt, und er bedaure, dass Freiburg weiterhin auf die fremde Intervention baue, statt sich auf den verfassungsmäßigen Weg zurückzufinden. Der ganze Handel wegen Münchenwiler und Clavaleyres komme jetzt in das entscheidende Stadium, und er beabsichtige, in einigen Tagen eine letzte Konferenz nach Murten einzuberufen.

VI. Die eidgenössische Erledigung

1. Die Konferenz in Murten als letzter Schlichtungsversuch

An die Murtner Konferenz ordnete der Landammann wiederum Burgermeister Sarasin und Ratsherrn Hirzel ab. Nach der ausführlichen Instruktion, die er ihnen erteilte¹⁹⁶⁾, hatten sie zuerst als Vermittler aufzutreten und wo immer möglich eine Einigung zu erreichen. Er stellte es ihrer Klugheit anheim, von der wichtigen Note Champagnys einen «bescheidenen und durchaus vertraulichen